

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

München, 21.03.2001
Neuregelung

**Auswirkungen der Neuregelung für sog.
„Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse“**

ANTRAG:

Die Stadtverwaltung stellt dar, wie sich die Neuregelung des 630 Mark-Gesetzes auf die Sozialkassen und auf die Beschäftigungslage im Münchner Stadtgebiet bzw. im Arbeitsamtsbezirk München ausgewirkt hat.

Begründung:

Die Reform ist von der Opposition und den Arbeitgeberverbänden vehement bekämpft worden, weil angeblich die Zahl der Mini-Jobs in Deutschland reduziert und daher die Sozialkassen nicht spürbar entlastet würden. Nun aber meldet DIE WELT, dass die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse auf 630 Mark-Basis auf 3,715 Millionen geringfügig Beschäftigter angestiegen ist, die ansonsten keiner anderen entlohnten Arbeit nachgehen. Diese Beschäftigungsverhältnisse sollen den Krankenkassen allein im vergangenen Jahr 2,3 Milliarden und den Rentenkassen rund 2,9 Milliarden eingebracht haben. Laut DIE WELT haben die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Industrie- und Handelstag Fehleinschätzungen eingestanden, weil doppelt so viele Billig-Jobs entstanden seien als prognostiziert.

Da die Reform der 630 Mark-Beschäftigungsverhältnisse in München besonders heftig attackiert worden ist, hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf, jetzt zu erfahren, wie sich diese Reform tatsächlich zugunsten der geringfügig Beschäftigten und zugunsten der Sozialkassen ausgewirkt hat.

gez.
Helmut Schmid
Fraktionsvorsitzender